

„Hätten wir das gewusst...“

Hessische Landesgartenschau entfernt Kunstobjekte von Missbrauchspriester Claus Weber

Von Rolf Seydewitz

■ **Trier/Koblenz/Fulda.** Die Missbrauchsvorwürfe gegen den vor drei Jahren verstorbenen Trierer Bistumspriester Claus Weber, der auch in Koblenz tätig war, haben weitere Konsequenzen. Die hessische Landesgartenschau in Fulda hat jetzt vier Kunstwerke des Geistlichen wieder abgebaut.

„Vor dem Hintergrund der Vorwürfe gegen Claus Weber haben wir die Kunstobjekte vom Gelände entfernt“, sagte Gartenschau-Sprecherin Patricia Bickert dem „Trierischen Volksfreund“ (TV). Wären den Gartenschau-Machern die Vorwürfe früher bekannt gewesen, „hätten wir auf eine Beteiligung von vornherein verzichtet“, so die Sprecherin. Es wäre undenkbar gewesen, einem mit solchen Vorwürfen konfrontierten Künstler eine Bühne zu geben.

Vorwürfe aus Bolivien

Der 2020 im Alter von 79 Jahren verstorbene Weber soll während seiner Zeit in Bolivien Mitte der 90er-Jahre in mindestens einem Fall einen Minderjährigen missbraucht haben. Deswegen ermittelte seinerzeit auch die Staatsanwaltschaft Aachen und Mainz gegen den promovierten Theologen. Das Verfahren wurde später mangels hinreichenden Tatverdachts wieder eingestellt.

In den 70er- und frühen 80er-Jahren war Weber in Koblenz-Meternich tätig. Zuvor amtierte Weber von Februar 1969 bis Anfang Januar 1970 als Kaplan in Koblenz-Moselweiß, wie das Bistum auf Anfrage unserer Zeitung bestätigte.

Auch in Deutschland gab es mehrfach Missbrauchsvorwürfe gegen den Priester. Von einem staatlichen Gericht wurde Weber zwar nie verurteilt – auch weil angezeigte Übergriffe verjährt waren. Doch bei einem kirchenrechtlichen Verfahren wurde der Geistliche am Ende bestraft, durfte ab Herbst



Die vier Kunstobjekte des ehemaligen Trierer Bistumspriesters Claus Weber sind auf der hessischen Landesgartenschau inzwischen nicht mehr zu sehen. Gegen Weber, der vor Jahrzehnten auch in Koblenz tätig war, sind Missbrauchsvorwürfe bekannt geworden.

Fotos: Arnulf Müller/Landesgartenschau Fulda

2019 sein Priesteramt nicht mehr öffentlich ausüben. Wenige Monate später starb er aus der Nähe von Bad Kreuznach stammende Mann.

Das Trierer Generalvikariat veröffentlichte vor Kurzem den Namen des Priesters, weil es sich Hinweise von möglichen weiteren Opfern oder Zeugen erhofft. Auch in Bolivien, wo Weber jahrelang tätig war und unter anderem zwei Waisenhäuser aufgebaut hat, wird nach möglichen weiteren Missbrauchsoptionen gesucht.

Laut Bistum Trier war der ursprünglich aus der Nähe von Bad Kreuznach stammende Geistliche nach seiner Rückkehr aus Bolivien

ab Januar 1996 beim Katholischen Akademischen Ausländer-Dienst (KAAD) in Bonn. 2003 sei er dann in den Ruhestand versetzt worden. Zu diesem Zeitpunkt war Claus Weber gerade einmal 62 – ein für katholische Priester geradezu jungliches Alter.

Ein neues Leben als Künstler

Nach Berichten lokaler Medien soll der Geistliche etwa ab dem Jahr 2000 im ostthessischen Reichlos gelebt haben. Er habe sich dort mit seinem Lebenspartner ein zweites Leben als Künstler aufgebaut, heißt es in einem Artikel der „Oberhessischen Zeitung“. Die beiden hät-

ten eine Galerie und einen Skulpturengarten betrieben. Weber war für seine Objektkunst mit landwirtschaftlichen Geräten bekannt.

Er war von der Kunststation Kleinsassen, einem Verein für Künstler aus der dortigen Region, für die Landesgartenschau in Fulda vorgeschlagen worden – auch „weil Claus Weber als Künstler renommiert war“, wie die Sprecherin dem TV sagte. Erst durch die Berichterstattung in den Medien habe man jetzt von den Missbrauchsvorfällen gegen Weber erfahren „und umgehend reagiert“.

Die vier auf dem sogenannten FuldaAcker der Gartenschau aus-

gestellten Weber-Kunstwerke sind vor einigen Tagen wieder entfernt worden. Aus einem Flyer mit der Überschrift „Kunst und Natur im Dialog“, wo der Künstler auf einer Seite vorgestellt wird, soll Claus Weber bei einer Neuauflage gestrichen werden, heißt es. Eines von Webers in Fulda ausgestellten Kunstobjekten war sogar auf der Titelseite des Flyers abgedruckt.

Ralf Hess, der Ortsvorsteher von Webers letztem Wohnort Reichlos, zeigte sich nach einem Bericht der „Fuldaer Zeitung“ geschockt über die nun bekannt gewordenen Vorwürfe: „Aber man kann ja in keinen Menschen hinschauen...“

Nicht nur Dillinger im Schuldienst

Bistum entsandte weitere vorbelastete Priester

■ **Saarbrücken.** Neben dem Skandalpriester Edmund Dillinger hat das Bistum Trier offenbar drei weitere Bedienstete in den saarländischen Schuldienst geschickt, obwohl ihre Bistumsakten Vermerke auf Missbrauchsvorwürfe enthielten. Wie bei dem inzwischen verstorbenen Dillinger seien die Vorwürfe bei den dreien nicht aus dem schulischen Umfeld gekommen, sondern aus dem „kirchlichen Kontext“, wie Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg gemeinsam mit Gerhard Robbers, dem Vorsitzenden der unabhängigen Aufarbeitungskommission, im Bildungsausschuss des saarländischen Landtages erklärte. Ob und wie die drei weiteren Personen auch im Schuldienst auffällig geworden sind, sei jetzt Gegenstand der Aufarbeitung, hieß es im Ausschuss.



E. Dillinger
Foto: S. Dillinger

Wie Dillinger seien die drei Personen mit sogenannten Gestellungsverträgen ausgestattet gewesen, sie waren beim Bistum angestellt, arbeiteten aber in Schulen. Solche Verträge habe das Bistum – auch auf Drängen des Ausschusses – im April wieder bis ins Jahr 1990 aufgearbeitet. „Ein solches Vorgehen ist für uns nicht nachvollziehbar, völlig unverständlich“, sagte der Vikar bereits im April – und auch am Donnerstag verurteilte er diese Versetzungen in den Schuldienst ganz klar. Auch habe er aus der Arbeit der Aufklärungskommission, die nur den Fall Dillinger bearbeitet, berichtet. Sie habe festgestellt, dass dieser Fall „weltumspannend“ sei. Michael Kipp

Ermittlungsergebnisse zur Flut bis Jahresende erwartet

Staatsanwaltschaft nennt Zwischenergebnis und Hintergründe zum beauftragten Gutachten – Verfahren hat gewaltige Dimensionen

Von Bastian Hauck

■ **Ahrtal.** In den nächsten Tagen jährt sich die Flutkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz zum zweiten Mal – mindestens 136 Menschen kamen ums Leben. Die juristische Aufarbeitung dauert an. Bis zum Jahresende will die Staatsanwaltschaft Koblenz Ergebnisse ihrer Ermittlungen zur Ahrtal-Flut 2021 vorlegen.

Hätten durch ein womöglich anderes Handeln des ehemaligen Ahrweiler Landrats Jürgen Pföhler (CDU) sowie eines ehrenamtlichen Mitarbeiters des Krisenstabs die schrecklichen Folgen der Flutkatastrophe vor knapp zwei Jahren verhindert und Menschenleben gerettet werden können? Diese Frage steht im Fokus der Ermittlungen der Koblenzer Staatsanwaltschaft.

Sie will, wie sie mitteilt, bis Ende des Jahres ein Ergebnis ihrer Ermittlungen vorlegen. Mario Mannweiler, Leiter der Oberstaatsanwaltschaft, teilt in einer Mitteilung mit: „Mir ist bewusst, dass viele von der Flut Betroffene nach nunmehr fast zwei Jahren ein Abschlussergebnis erwarten. Unser Ziel ist, möglichst bis Jahresende ein solches präsentieren zu können.“

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Pföhler sowie einen Mitarbeiter des Krisenstabs wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung sowie der fahrlässigen Körperverletzung. Pföhler hatte die Vorwürfe zurückgewiesen. Die Ermittlungen seien nach derzeitigem Stand „weitgehend abgeschlossen“, erklärt Mannweiler. Allerdings sei, wie berichtet, ein weiteres Sachverständigengutachten nötig. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft befasst es sich mit der Frage, „ob und gegebenenfalls welche ziel-

führenden Handlungsoptionen nach Katastrophenschutz- und Krisenmanagementstandards für die Technische Einsatzleitung (TEL) bestanden haben.“

Den Auftrag zur Erstellung des Gutachtens erhielt, wie berichtet, der Katastrophenschutz- und Krisenmanagementwissenschaftler Dominic Gißler. Gißler lehrt an einer Berliner Hochschule und hatte im Frühjahr im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe bereits als Sachverständiger ausgesagt.

Gißlers Gutachten soll mehrere Fragen klären: Welche konkreten Handlungsoptionen hatten die Beschuldigten – angesichts der vorgefundenen Gesamtumstände und auf der Grundlage ihres subjektiven Kenntnisstandes noch? Nach Recherchen unserer Zeitung hatte Ex-Landrat Pföhler seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 an keinem Katastrophenschutztraining teilgenommen. Weitere Fragen für den Sachverständigen: Hätten die Beschuldigten sich aufgrund von Wetter- und Niederschlagsprognosen Informationen besorgen können, um vor und während der Flut Maßnahmen vorzunehmen oder anzuordnen, die Schaden abgewendet hätten? Und: Wie hätte das Katastrophenschutz- und Krisenmanagement nach wissenschaftlichen Standards organisiert sein müssen? Wäre es der TEL in diesem Fall möglich gewesen, den Verlauf der Ereignisse zu verändern? Das Gutachten soll laut Mitteilung bis Oktober vorliegen.

Die Staatsanwaltschaft betonte erneut, dass das Ermittlungsver-

fahren zu den aufwendigsten Verfahren gehöre, die die Behörde bislang geführt hat. Allein die Hauptakten umfassen nach Mitteilung etwa 10 000 Seiten, zuzüglich zahlreicher Sonderbände. Mehr als 200 Zeugen seien vernommen, circa 15 000 Notrufe seien gesichtet, mehr als 6000 davon im Einzelnen ausgewertet worden. Die gesicherten Daten – Notrufe, Einsatzverlaufsdaten der Polizei, Daten des Lagezentrums des Innenministeriums – umfassten mehr als 26 Terabyte.

Die Staatsanwaltschaft betonte erneut, dass das Ermittlungsver-

Stühlerücken in der Koblenzer Staatsanwaltschaft

Justizminister würdigt die Arbeit dreier Juristen

■ **Koblenz.** Einer ging in den verdienten Ruhestand, zwei weitere übernahmen die Leitung einer Behörde: Die Rede ist von Jürgen Bräuer, Harald Kruse und Mario Mannweiler. In der Justizstadt Koblenz wurden Anfang des Jahres wichtige Posten neu besetzt. Ganz offiziell übernahm am Freitag im Großen Haus des Koblenzer Theaters der Justizminister Herbert Mertin die zweifache Amtseinführung – und auch eine Verabschiedung.

In Rheinland-Pfalz gibt es zwei Generalstaatsanwaltschaften – „weil das Land so groß ist“ (Anmerkung Jürgen Bräuer). In Koblenz ist es die dienstvorgesezte Behörde der Staatsanwaltschaften Bad Kreuznach, Koblenz, Trier und Mainz. Jürgen Bräuer war acht Jahre Generalstaatsanwalt und geht nun in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Harald Kruse, bis



Jürgen Bräuer (von rechts) ist im Ruhestand, Harald Kruse ist neuer Generalstaatsanwalt und Mario Mannweiler leitet nun die Staatsanwaltschaft Koblenz.

Foto: Sascha Ditscher

dato Oberstaatsanwalt in Koblenz. Dessen Nachfolger wiederum wurde nun Mario Mannweiler. Ein Stühlerücken, das im Koblenzer Theater einen würdigen Rahmen fand.

Die Spitzen der Justiz aus Rheinland-Pfalz, elf Generalstaatsanwälte aus ganz Deutschland sowie Vertreter zahlreicher Behörden und

Organisationen gaben sich im Koblenzer Theater die Ehre – ein gesellschaftliches Ereignis. Jürgen Bräuer, grundsätzlich kein Freund langer Reden, zeigte sich doch erheitert über die lobenden Worte zahlreicher Laudatoren. In die Amtszeit des Generalstaatsanwaltes fiel die Gründung der Landeszentralstelle für Cybercrime, zur

Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus und zur Bekämpfung jugendgefährdender Schriften. „Ohne Ihr Engagement würde die Justiz in Rheinland-Pfalz nicht dort stehen, wo sie heute steht“, sagte Justizminister Mertin (FDP).

Nachfolger Harald Kruse muss sich nun in neue Aufgabenfelder einarbeiten. Seine Arbeit wirkt in Zukunft weit über das Land Rheinland-Pfalz hinaus. Der Präsident des Oberlandesgerichts Koblenz, Thomas Henrichs, nennt ihn den optimalen Nachfolger, er stelle in seiner Arbeit die Würde des Menschen in den Mittelpunkt. Kruse, 59 Jahre alt, hat nun ebenfalls acht Jahre Zeit, der Behörde seinen Stempel aufzudrücken.

Mario Mannweiler bezeichnet seine Amtsübernahme als „Sprung ins stürmische Wasser“. Die Aufgabe sei schnelllebig, die Behörde mit 240 Beschäftigten sehr groß. Er habe eine gut funktionierende Behörde übernommen, deren Leitung ihm eine Ehre sei. ker

Nepomukbrücke wird abgerissen: Statue gesichert

Andenken an Baudenkmal soll bewahrt werden

■ **Rech.** An der denkmalgeschützten und bei der Flutkatastrophe stark beschädigten Nepomukbrücke im Ahrtal Rech hat am Freitag der Rückbau begonnen. „Heute ist die Sicherung des Nepomuks erfolgt“, sagte Ortsbürgermeister Thomas Hostert (parteilos). Die Statue ist im ganzen Stück erhalten geblieben inklusive Sockel, so Hostert. „Ich bin sehr froh darüber, dass das geklappt hat.“

Die Statue wird nun im Ort aufbewahrt. In der kommenden Woche soll die Baustelle eingerichtet und abgesichert werden. „Der Prozess wird vermutlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen, weil es ein schonender Rückbau ist.“

Die denkmalgeschützte Nepomukbrücke ist inzwischen bundesweit bekannt. An den Pfeilern der Brücke von 1723 zerschellten bei der Flutkatastrophe im Juli 2021 Wohnwagen, Trümmerteile stauten die Wassermassen, die Brücke wurde schwer beschädigt, und Teile des Ortskerns wurden komplett weggerissen.

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und der Deutsche Verband für Kunstgeschichte fordern trotzdem den Erhalt des Bauwerks. Es gibt aber eine gültige Abrissgenehmigung. Im Streit um die Zukunft der Brücke trat auch Hosterts Vorgänger zurück.

„Es wird auf jeden Fall ein Andenken kommen, in welcher Form auch immer“, sagte Hostert. Es gebe aber noch keine genaue Planung. Es hänge auch davon ab, wie viele Steine von der Brücke noch verwendet werden könnten. dpa